

Deutschland – na und?

# Anleitung für gebildete Patriotismus-Verächter

Der neue Bundespräsident ließ es sich nicht nehmen, in seiner Dankesrede zur Wahl ein „Ich liebe unser Land“ deutlich, wenn auch leise, mit gesenkter Stimme auszusprechen. Die Anspielung auf einen seiner Vorgänger, der seine Frau liebte, wurde wahrgenommen, nach Parteizugehörigkeit entweder befremdet oder unverhohlen freudig. Die GAZETTE möchte mit diesem Text gern ihren Beitrag leisten zu einer uns bevorstehenden Diskussion.

Von Florian Sattler

Man kann nicht behaupten, der Begriff Patriotismus sei in Deutschland ganz außer Gebrauch geraten. Am Tag der deutschen Einheit 2003 machte der Abgeordnete Ludwig Hohmann in seiner unseligen Rede den Versuch, das Verhältnis zwischen Tätern und Opfern der Shoah durcheinanderzuwirbeln. Als er daraufhin zu Recht aus der CDU/CSU-Fraktion ausgeschlossen wurde, kündigte Angela Merkel, die Vorsitzende, ein öffentliches Gespräch über den Patriotismus an. Leider hat man davon sehr bald nichts mehr gehört. Es hätte einen Beitrag zur dringend erforderlichen Unterscheidung von Patriotismus einerseits und Nationalismus andererseits leisten können. Freilich, das Gespräch hätte eines unter den politischen Parteien sein müssen, und der Ausgang wäre ebenso ungewiss gewesen wie die Anerkennung bei den Demoskopern; ein Meinungsaustausch so grundsätzlicher Art, muss man also befürchten, ist unterblieben, weil ihn die Parteien nicht attraktiv gefunden hätten. Wer aber sonst soll diese Sache zu einem Thema der öffentlichen Meinung machen?

Beim Politischen Aschermittwoch dieses Jahres in Passau nannte Edmund Stoiber Unternehmer, die erst überhöhten Tariflöhnen zustimmen und danach bedenkenlos Arbeitsplätze ins Ausland verlagern, feige und unpatriotisch. Wenig später stieß Gerhard Schröder, der Bundeskanzler, ins gleiche Horn, als er die Aufforderung, die Erweiterung der EU für Investitionen in den neu dazu gekommenen Ländern zu nutzen, damit kommentierte, die Unternehmer sollten dabei ihre patriotischen Pflichten nicht versäumen. Seither geht der Vorwurf munter hin und her, denn die Firmen, die Deutschland zum Exportweltmeister machen, lassen sich verständlicherweise nicht gern mangelnde Vaterlandsliebe vorwerfen.

Die zwei Beispiele, nicht ganz willkürlich herausgegriffen, geben einen Hinweis auf die Schwierigkeiten, die einem Plädoyer für mehr Patriotismus in

Deutschland entgegenstehen. Ein solcher Appell gerät schnell in den Schatten, den Hitlers Gewaltregime immer noch wirft. Ist die dazu nötige politische Sprache nicht für immer verunzelt und daher die Sorge berechtigt, hier sollten nur Gefühle missbraucht werden? Ein Wort wie Patriotismus, auratisch und emotional auf einen überschaubaren Raum bezogen, wirkt im Zeitalter der wirtschaftlichen Globalisierung deplaziert bis komisch.

Aber in diesen ökonomischen Zusammenhang gehört es auch überhaupt nicht; dorthin kann es nur geraten, wenn man die *raison d'état* der Bundesrepublik in nichts anderem sieht als im wirtschaftlichen Erfolg. Es hat allerdings den Anschein, als nähme die Zahl der Anhänger dieser These zu. Nach drei Jahren Stagnation werden die sechziger Jahre verklärt und die Formel „Wohlstand für alle“ nostalgisch in gleißendes Licht getaucht, ganz so, als wäre sie eine Tatsachenbeschreibung und nicht nur eine Parole des Bundestagswahlkampfes von 1961.

Der Begriff Patriotismus muss sich im Drang der Tagespolitik immer wieder falsche Verwendungen gefallen lassen. Trotzdem bleibt beharrlich die Vermutung im Kopf, dass unsere Demokratie den hinter dem Begriff liegenden Sachverhalt tatsächlich benötigt. Daher soll versucht werden, die Inhalte des Begriffs zu klären und die Argumente vorzutragen, um ihm mehr Platz im öffentlichen Gespräch zu verschaffen. Dabei geht der Ursprung der nachfolgenden Überlegungen auf eine Reihe von Gesprächen mit amerikanischen, französischen, englischen, italienischen und spanischen Freundinnen und Freunden zurück. Allesamt liefern sie darauf hinaus, man müsse von den Deutschen mehr Identifikation mit ihrem Land und weniger Distanzierung von dessen Schicksal verlangen.

Diese in Deutschland in der Tat weitverbreitete Distanzierung, beim einen eher regionalistisch (Ich

bin Oberschwabe), beim andern universeller gestimmt (Ich bin Europäer, oder gar: Ich bin Weltbürger) erleichtert den historisch-politischen Dialog nicht. Sie erschwert ihn vielmehr. Nicht selten stellt sich beim Gesprächspartner sogar die Vermutung ein, hier will jemand, indem er von lokalen oder gleich von Groß-Regionen spricht, sich doch nur von den Lasten der deutschen Geschichte befreien.

Wer, lautet die Frage, wenn nicht die Deutschen, könnte die Verantwortung für ihre Geschichte übernehmen und deren zahlreiche Katastrophen? Aber wer auch, wenn nicht sie, könnte der Welt den komplexen Verlauf dieser Geschichte erläutern, wer ihr besonders vertracktes Verhältnis von Macht und Geist dartun, die Gründe für die Kulturhoheit der Länder aufweisen oder den unverbrüchlich stabilen Sinn der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums?

Der hier gemeinte Patriotismus wäre also dem europäischen Zusammenschluss und seinem Klima förderlich, zumal in einem Moment, da die Europäische Union die Zahl ihrer Mitgliedsländer mit einem Schlag um zwei Drittel erhöht, was auch bedeutet, dass der Gesprächsbedarf unter den Partnern erheblich anwächst.

**E**s käme einem Treppenwitz der Weltgeschichte gleich, wenn jetzt die vergrößerte Europäische Union aus nichts bestünde als aus wirtschaftlichen Antagonismen. Mit der Aufarbeitung der Schrecken der Geschichte haben wir noch genug zu tun. Davon können die Angehörigen von Brüsseler Behörden oder multinationalen Konzernen ein bitteres Lied singen. Da feiern im kollegialen Wettstreit die ältesten nationalen Vorurteile noch oft fröhliche Wiederkehr.

Auch ein Phantomschmerz kann zum Ausgangspunkt der Diagnose gemacht werden.

Patriotismus glänzt in Deutschland eher durch Abwesenheit. Aber die Geschichte, wie das Phantom abhanden kam, ist es wert, erzählt zu werden. Ohne Umwege, ohne Aufgrabungen und Nachforschungen wird man an diesen Begriff nicht herankommen. Und man muss ihn klar und bestimmt definieren, will man ihn zu vermehrtem Gebrauch empfehlen und für Appelle geeignet machen.

Patriotismus. Doch, da war mal was, in napoleonischen Zeiten, etwas für Studenten mit viel Zeit für Mummenschanz. Ein Haufen Lieder und Lyrik ist davon übrig geblieben. Außer Biertrinken würde bei den Studentenverbindungen noch heute nicht viel passieren, gäbe es nicht das Liedgut aus der Zeit der Befreiungskriege. Und ja, der Lateinlehrer. Es gibt so schöne Oden von Horaz. Aber es musste immer der Satz sein: *Dulce et decorum est pro patria mori* (Süß und ehrenvoll ist es, fürs Vaterland zu sterben). Die Kriegerfahrten des 20. Jahrhunderts kratzen hier den Lack ab. Für die Mehrzahl galt jetzt der Satz: Wenn mich das Vaterland nur ruft, damit ich sterben darf, kann es mir gestohlen bleiben. Ein Schwachsinn, so lang wie die Geschichte der Menschheit: Die

Alten schwärmen von den patriotischen Großtaten auf dem Schlachtfeld, die Köpfe hinhalten aber müssen die Jungen.

Weil das die verbreitete Bewusstseinslage bei uns ist, schaut man leicht irritiert über die Grenze: patriotische Staatsakte in französischen Städten, wo die Bürgermeister, bewehrt mit einer Trikolore quer über der Brust, große Reden halten. Und selbst da, wo es kaum Siege gab, auf dem dichtbestandenen Platz einer baltischen Hauptstadt, hallt alles von einem wuchtigen Chor sagenhaften Inhalts wider.

**I**m Vergleich dazu gibt es hierzulande Ersatzhandlungen wie den Spielfilm über die Fußball-WM 1954, „Das Wunder von Bern“; der kann obendrein gnädig darüber hinwegtrösten, dass Deutschland fünfzig Jahre später 1:5 gegen Rumänien verliert. Eine neue Rolle für die Sportberichterstattung hat sich herausgeschält, weil es ja ganz ohne kollektive Gefühle und mitreißende Rangkämpfe nicht geht. Die Reporter müssen inzwischen so viel patriotische Nebenarbeit verrichten, dass Sportarten, in denen Deutsche nicht an der Spitze mitkämpfen, übergangen werden. Emotionen setzen die nicht in Gang.

Vielleicht am nachhaltigsten hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg Dolf Sternberger, der Heidelberger Politikwissenschaftler und Publizist, um den Begriff Patriotismus bemüht. Er wies zum Beispiel darauf hin, dass in den fünfziger Jahren gerade mal bei zwei offiziellen Gelegenheiten die aus der römischen Republik stammende Formel *de re publica bene meritis*, (er hat) sich um das Vaterland verdient gemacht, verwendet worden ist: 1954 am Grab des Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers und 1959 bei der Verabschiedung des zweimaligen Bundespräsidenten Theodor Heuss. Sternberger ist mit dem Begriff „Verfassungspatriotismus“ in die Annalen, in die politische Sprache der Bundesrepublik eingegangen.

Eine Hymne, eine Fahne und ein staatlicher Feiertag, das würde man aufzählen, wenn man einem Kind erklären sollte, was es mit dem Patriotismus auf sich hat. Wie ich würde dieses Kind vielleicht die Frage stellen, warum immer nur die CDU/CSU auf ihren Parteitag von der Hymne „Einigkeit und Recht und Freiheit“ Gebrauch macht, die übrigen Bundestagsparteien, unpatriotischen Bestrebungen ebenso abhold, dagegen nicht.

Sternberger wollte die Sache eng mit dem Geist der Verfassung in Verbindung bringen.

Damit stieß er an die Besonderheiten der Neugründung von 1949, an die Vorläufigkeit der Bundesrepublik, deren Institutionen nichts vorwegnehmen sollten. Das geteilte Land durfte keine Verfassung, sondern nur ein Grundgesetz haben.

Und nicht der 23. Mai, der Tag der Verabschiedung des Grundgesetzes, wurde national gefeiert, sondern der 17. Juni, an dem vier Jahre später die Arbeiter in der DDR einen Aufstand gewagt hatten. 1990, bei der Vereinigung, war von so viel Behutsamkeit nichts mehr zu merken. Was zählte, waren die wirtschaftlichen Tagesinteressen.

So konnte man denn auch nicht miterleben, dass die Bürger der fünf neuen Länder etwa deshalb so rasch in den Geltungsbereich des Grundgesetzes einbezogen wurden, weil die Bürger der alten Länder besonders innig an dieser Verfassung gehangen hätten. Damals hat der Verfassungspatriotismus eine Bewährungsprobe vertan.

Sternberger hat den Begriff „Staatsfreundschaft“, eine Lieblingsvokabel seiner Kommentare und Traktate, in einem der *Demetrius*-Fragmente von Friedrich von Schiller gefunden. Dort dient sie der Beschreibung des Leo Sapieha, eines polnischen Fürsten, der mit seinem *liberum veto* als einziger der kriegsbegierigen Mehrheit des polnischen Reichstages entgegentritt und mit seiner Rede einen Krieg mit Moskau verhindert.

Wie soll das in einem Begriff zusammengehen, der hohe, hehre Staat und die innige, gefühlsschwangere Freundschaft? Sternberger verweist auf die antiken Ursprünge eines solchen Sprachgebrauchs. Die griechische Polis, von der Aristoteles handelt, konnte ohne *philia politica* ihrer Bürger nicht existieren. Dabei handelt es sich um eine Beziehung der Bürger untereinander samt ihrer Bindung an das Gemeinwesen. Also nichts in der Art jener Freundschaft, die unsereiner nach langem Anlauf schließt und dabei zur Bekräftigung einen tiefen Blick übers Weinglas riskiert. Es ist ein eher nüchternes Gefühl zu beiderseitigem Nutzen, ganz so, wie wenn sich Angestellte in einer großen Verwaltung als Kollegen titulieren. Es könnte ja durchaus sein, dass man demnächst aufeinander angewiesen ist.

Was aber bedeuten nun Vaterlandsliebe und Patriotismus im Alltag des Bundesbürgers?

Der Patriotismus stammt aus der Polis und aus Rom, aber vor allem stammt er aus dem neunzehnten Jahrhundert; in vielen europäischen Fällen verband sich mit diesem Wort sogar der Versuch, es den Franzosen und ihrer Revolution gleich zu tun. Patriotismus ist keineswegs altfränkisch und reaktionär, er legitimiert im Gegenteil die Abschaffung der Monarchie. Aus Liebe zum Vaterland wird der König gestürzt. Er hat es nämlich verraten.

Die Nähe zur französischen Entwicklung schafft gerade im deutschen Fall die größte Kalamität. Die gegen Napoleon gerichtete Bewegung der Arndt bis Fallersleben und der Fichte bis Schleiermacher und Turnvater Jahn war auf die Einheit Deutschlands gerichtet und auf seine Freiheit. Gegen die Franzosen, aber im Sinne ihrer Geschichtsbewegung.

Schon in den damaligen Texten werden Patriotismus und Nationalismus oft gefährlich vermengt. Die militärischen Niederlage wird als nationale Kränkung empfunden, und der Ruf wird laut nach künftiger Überlegenheit. Stoff, von dem die schlimme Literatur des August 1914 zehrte und danach die der Nationalsozialisten. Als nach 1815 die Heilige Allianz obsiegte, waren diese Leute in beiden Hinsichten geschlagen. Den 1848ern sollte es nicht besser gehen. Für Generationen verachteten die Deutschen fortan

ihre Parlamente. Und als viel später nach seinen drei Kriegen, 1864, 1866 und 1870/71, Bismarck endlich das kleindeutsche Reich zusammengeschmiedet hatte, blieb die Bewegung in der deutschen Erinnerung ein romantischer Aufstand. Es zählte danach nur die Realpolitik, ein Wort, das die Nachbarn schnell fürchten lernten.

Lasten der Geschichte kommen also, wenn man das Objekt der Zuwendung adäquat beschreiben will, zu den Nachteilen junger, schon wegen ihrer Lebensjahre wenig heroischer Institutionen hinzu. Die Zeiten, seit denen das Grundgesetz mit Bundestag, Bundespräsident, Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht in Bonn am Rhein beschlossen worden ist, haben die Patina des Unvordenklichen noch nicht angenommen; und deshalb ist die Gewissheit, das dort Aufgeschriebene sei alles wahr und gut und schön, nicht tief verwurzelt.

Patriotismus, verstanden als emotionale Dimension des politischen Selbstverständnisses, wird gewiss auch vom Geschichtsbewusstsein beeinflusst. Woher stammen dessen Kategorien? Schwer zu unterschätzen ist hier der Einfluss Nietzsches. Ihn hatten die Freiwilligen des Ersten Weltkrieges im Tornister, er war nach der verklungenen Marx-Welle der Studentenbewegung in den achtziger und neunziger Jahren schon wieder populär. Nietzsche interessierte sich nicht für eine deutsche Republik; die Demokratien strafe er mit Verachtung, alle Energie, so forderte er, müsse sich auf ein starkes Europa richten, das bald eine weltbeherrschende kulturelle Elite hervorbringen werde.



Flugblatt aus dem Bauernkrieg 1522  
(Holzschnitt, unbekannter Meister)

Anzeige

**S**ind wir, wie Botho Strauß meint, „nur noch eine Gemeinschaft von Lottotippnern, die ihr Heil im Gewinn und Reichtum suchen, oder Kosmopoliten, die in Scharen alljährlich ins Ausland reisen, auf der Flucht vor der eigenen Geschichte und Gesellschaft“? Es bedarf der Herausforderungen, um über das Lottospielen und die Mallorca-Reisen hinauszukommen. Und es hat diese Herausforderungen gegeben. Manche wurden im Bundestag bestanden. Man denke an die Debatten über die Aufhebung der Verjährung von Mord. Manche eher auf der Straße wie diejenigen über die Wiederbewaffnung, die Notstandsgesetze, die Ordinariatenuniversität, die Mittelstreckenraketen, die Atomkraftwerke und den Irak-Krieg.

**E**in Streit schien akademisch und betraf doch das ganze Land: der Historikerstreit in den achtziger Jahren. Über die Einzelheiten hinaus hatte er vor allem ein Ergebnis: Es kann keinen Patriotismus geben, wenn nicht einmal über den Schuldcharakter der Naziverbrechen Einmütigkeit herrscht. Klarend wirkte hier die ungewöhnliche Intervention des Philosophen Jürgen Habermas, der mit einer seit Karl Jaspers nicht mehr vernommenen Intensität die Sache zu seiner eigenen gemacht hat. Er war es auch, der den Begriff „Verfassungspatriotismus“ bei dieser Gelegenheit erneut zu Ehren brachte.

Politik, auch das Reden über Patriotismus, ist auf Sprache angewiesen. Oder in den aristotelischen Worten von Hannah Arendt: „Menschen sind nur darum zur Politik begabt, weil sie mit Sprache begabte Wesen sind“ (*Vita activa*).

Zur Kommunikation eignen sich besonders die kurzen Sprüche, wie sie die Römer liebten: *Ubi bene, ibi patria* und die Engländer: *Right or wrong, my country*. Wir täten uns leichter, wenn es für den deutschen Fall eine so knappe Formel gäbe.

Patriotismus ist das Gegenteil des Missbehagens, das die Parteien durch ihre Monopolansprüche auslösen, also das, was man die Parteienherrschaft in unserem Staat nennt. Das Grundgesetz spricht im Artikel 38 von der Mitwirkung der Parteien, nicht von ihrer Alleinwirkung. Nur wenn Freiraum bleibt, werden aktive Bürger sich für ihre Angelegenheiten engagieren.

In diesen Zusammenhang gehört auch ein erstaunlich selbstverständlich hingenuommener, höchst ärgerlicher Sprachgebrauch. Es ist bei immer mehr Gelegenheiten die Rede von der Wirtschaft, von der Wissenschaft, von der Kultur und von der Politik. Gemeint sind im letzteren Fall keineswegs alle Bürger oder wenigstens alle Steuerzahler, gemeint sind nur die Mitglieder von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat, die politische Klasse.

Das hört sich an wie Ständestaat, jedenfalls nicht wie die Verfassung des Grundgesetzes, ein Staat mit Freiheit, Partizipation, Subsidiarität und Solidarität, kurz ein Staat, in dem die Demokratie nicht nur Staats-, sondern auch Lebensform ist.

**N**ur bei einem solchen Institutionenverständnis hat es Sinn, die Bürger für eine so komplexe, intellektuell und emotional gleich anspruchsvolle Sache wie den Patriotismus zu erwärmen. Dabei kann schon ein höheres Maß an Übereinstimmung zwischen den Parteien wie ein Verzicht auf Herrschaft wirken. Man denke an Herbert Wehners Bundestagsrede vom 30. Juni 1960, in der er die Außenpolitik Adenauers für die SPD übernommen hat. Das Klima der Republik hätte eine Fortsetzung der unendlich schmerzlichen Debatten der fünfziger Jahre über die Westbindung kaum verkraftet.

Und diese Gemeinsamkeit war dann auch die Voraussetzung für die Regierungswechsel der sechziger und der achtziger Jahre. Hans-Dietrich Genscher konnte unter den Kanzlern Schmidt und Kohl zwanzig Jahre lang mit etwa derselben Politik Außenminister sein.

Um dem Patriotismus Spielraum zu verschaffen, obliegt den Parteien als den wichtigsten Akteuren in der Demokratie eine doppelte Pflicht: die Einladung an die Bürgerinnen und Bürger, am öffentlichen Leben mitzuwirken, bei gegebenem Anlass auch zu demonstrieren und zu protestieren; auf der anderen Seite aber auch, vorhandene Konflikte nicht über Gebühr zu verlängern. Es ist keineswegs nur unpolitische Harmoniesucht, wenn das Publikum die Geduld verliert und manchen rhetorischen Lärm eher mit den Bedürfnissen der Streitenden in Verbindung bringt als mit einem Interesse an der Mehrung des Gemeinwohls. Wenn der Bürger Engagement zeigen, also als Patriot auftreten soll, so muss er sich in diesem Gemeinwesen heimisch wissen.

Von Gustav Heinemann, der die kurzen Kraftsprüche schätzte, ist der Satz überliefert: „Der Frieden ist der Ernstfall“. In einer mit so vielen Carl Schmittschen Formeln durchsetzten öffentlichen Szene gewiss eine schöne Provokation! Für diese Überlegungen hat er deshalb Gewicht, weil der Patriotismus für Kriegszwecke reichlich überstrapaziert worden ist. Gibt es denn im Frieden für ihn überhaupt etwas zu tun?

**G**reifen wir zum Naheliegenden. Nur mit Steuern kann der Staat steuern. Es leben aber ganze Fakultäten und viele Anwaltskanzleien hierzulande vom Steuerverkürzen.

Ein bayerischer Finanzminister, so schreibt Franz Beckenbauer, habe ihm seine Hilfe angeboten, für den Fall, dass er seine Einkünfte vor dem Finanzamt verstecken wolle. So machen es Große, so machen es Kleine, und wenn sie erwischt werden, murmeln sie etwas von zu hohen Steuern oder vom Vermögen der Oma, das in der Inflation verloren gegangen sei. Man merke: Hier wird nicht nur gegen die Steuergesetze verstoßen, hier wird auch auf dem Patriotismus der korrekten Steuerzahler herumgetrampelt. Sie müssen höhere Steuern berappen, genau deshalb, weil andere zu wenig zahlen.

Aber es gibt auch die positiven Beispiele, wohin man schaut. Patriotin ist die Dame in der gelben Re-

genpelerine, die den Kindern ehrenamtlich über den Zebrastreifen vor der Schule hilft. Patriot ist der landwirtschaftlich kundige Entwicklungshelfer, der jahrlang in irgendeinem Land Afrikas Dienst tut. Patrioten fahren Eisenbahnloks, und sie weichen nicht von der Stelle an Sterbebetten. Patrioten sitzen drinnen im Amt und sitzen draußen im Kran.

Wir müssen die Aufzählung sicher nicht verlängern, aber wir können die Vermutung äußern, dass man die Verdienste solcher Menschen zu selten hervorhebt und dass das Fernsehen kaum von ihnen Notiz nimmt.

Es besteht ein spürbarer Zusammenhang zwischen dem Gefühl der Geborgenheit einer Person und deren Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. In den Worten von Hilde Domin: „Zu Hause sein, bedeutet mitverantwortlich zu sein, nicht nur ein Fremder zu sein, ein Mitspracherecht zu haben, das angeboren ist.“

Das ist kein Satz fürs Poesiealbum, sondern der Nachweis, dass der Übermut der Ämter, aber auch ein freundlich überlassener Platz in der S-Bahn ihre deutlichen Spätwirkungen beim Aufkommen, aber auch beim Wegdriften von Patriotismus haben.

Was tun, damit der Patriotismus mehr Anhänger, der Staat mehr Schillersche Freunde bekommt? Ein leicht anwendbares Rezept habe ich nicht gefunden. Aus der Suche ist eine geschichtliche Reflexion über die Bundesrepublik geworden. Mein Plädoyer beruht, man wird es gemerkt haben, auf einem eher freundlichen Blick auf unser Land. Eines konnte nicht verschwiegen werden: Gerade die ersten 25 Jahre der Bundesrepublik brachten, verbunden mit den Kanzlern Konrad Adenauer und Willy Brandt, erstaunliche Leistungen und institutionelle Lösungen hervor, die man nach der Katastrophe von Deutschland so nicht erwartet hätte. Damit ist nichts gesagt gegen das heutige Deutschland mit seiner Hauptstadt Berlin und den weiß Gott schwierigen wirtschaftlichen Folgen der Vereinigung.

Aber der frühe Bundestag in Bonn war nun einmal ein sehr lebendiges Parlament, und der heutige sollte sich ein Beispiel daran nehmen. Wie von Günter Grass angeraten, sollte man immer wieder in seinen Protokollen schmökern. Wer wäre nicht gerne noch einmal dabei, wie Carlo Schmid und Franz Josef Strauß ihre Invektiven auf Lateinisch austrugen, Schmidt-Schnauze sich mit

dem Reichsfreiherrn von und zu Guttenberg balgte oder Adolf Arndt sich in den luftigen Höhen der Rechtsphilosophie verstieg?

Ein weniger missgelaunter Ton als gewohnt bei der Beschreibung der laufenden Ereignisse ist allerdings auch die Voraussetzung dafür, dass das Argument Patriotismus überhaupt sticht. Die Bundesrepublik muss als politisches Projekt überzeugen, ehe man Freunde für sie gewinnen kann. In den meisten Darstellungen überzeugt dieses Projekt nicht. Ist's die Sehnsucht nach Preußens Gloria, hat der heimische Lokalpatriotismus alle Energien aufgesaugt oder wäre doch nur eine deutsche Weltpolitik wirklich geeignet, das Gemüt in Wallung zu bringen?

Sieht man vom braven Schweizer Fritz René Allemann (*Bonn ist nicht Weimar*) ab, so hat diese Republik, angefangen mit Wolfgang Koepfens *Trübhaus* meist keine gute Presse gehabt. Es herrscht ein merkwürdiger Mäkelton vor, wobei der des einen den andern bestätigt. Und es werden Fakten, die das trübe Bild aufhellen könnten, auch gar nicht erst wahrgenommen. Wo ist zum Beispiel die Reportage über die trotz Finanzklemme noch immer prall vollgestellte Landschaft der deutschen öffentlichen Bühnen, der Museen und Bibliotheken? Es gibt Vergleichbares nicht auf der Welt, und deshalb bevölkern diese Opernhäuser, staatlich oder kommunal, Sängerinnen und Sänger, Tänzer und Instrumentalistinnen aus aller Herren Länder.

Ein Letztes zum Schluss. Es hat in den fünfziger Jahren sicher Leute gegeben, die träumten am Anfang des Einigungsprozesses davon, Europa könnte die Deutschen aller Mühen der politischen Selbstfindung entheben. Das war eine inzwischen längst enttäuschte, aber immer schon allzu bequeme Hoffnung. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Wer im eigenen Land verwurzelt ist, kann am ehesten seines Nachbarn Patriotismus begreifen.



Die Aufbahrung der Märzgefallenen 1848 in Berlin  
(Gemälde von Adolf von Menzel, Ausschnitt; Kunsthalle Hamburg)